

Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Bericht der: Bildungs-, Kultur- und Sportkommission

vom: 18. November 2008

zur Vorlage Nr.: [2008-266](#)

Titel: **Erhöhung der Entschädigungsansätze für die Expertentätigkeit im Bereich der Lehrabschlussprüfungen im Kanton Basel-Landschaft**

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Bericht der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission an den Landrat

betreffend Vorlage an den Landrat vom 21. Oktober 2008 zum Postulat Thomas Schulte: Erhöhung der Entschädigungsansätze für die Expertentätigkeit im Bereich der Lehrabschlussprüfungen im Kanton Basel-Landschaft ([2004/009](#))

Vom 18. November 2008

1. Ausgangslage

Am 6. Mai 2004 hat der Landrat das titelerwähnte Postulat überwiesen. Im Herbst 2005 lehnte der Regierungsrat die von der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion beantragte Erhöhung der Expertenentschädigung auf Fr. 35.– unter Hinweis auf das Projekt Generelle Aufgabenüberprüfung ab (RRB Nr. 1684 vom 18. Oktober 2005). Gleichzeitig erklärte sich der Regierungsrat bereit, die Forderung des Postulates in zwei Jahren neu zu beurteilen.

Am 27. November 2007 beschloss der Regierungsrat auf Antrag der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion und mit Seitenblick auf Basel-Stadt (wo kurz zuvor ebenfalls die Erhöhung des Ansatzes auf 21 Franken beschlossen wurde) die Anhebung des Expertenansatzes von 15 auf 21 Franken, was ab 2008 für den Kanton jährliche Mehrausgaben von Fr. 160'000.- bedeutet. Mit der Vorlage [2008/266](#) vom 21. Oktober 2008 beantragt der Regierungsrat dem Landrat, das Postulat Schulte abzuschreiben.

2. Zielsetzung des Postulates

Das Postulat verlangt eine Erhöhung der Entschädigungsansätze für die Expertentätigkeit im Bereich der Lehrabschlussprüfungen im Kanton Basel-Landschaft.

3. Kommissionsberatung

3.1. Organisation der Beratung

Die Vorlage wurde von der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission an der Sitzung vom 6. November 2008 beraten. An der Sitzung waren Regierungsrat Urs Wüthrich, Martin Leuenberger, Generalsekretär BKSD, und Hanspeter Hauenstein, AfBB, für die Erläuterungen des Sachverhaltes sowie zur Beantwortung von Fragen anwesend. Ebenfalls eingeladen war der Postulant Landrat Thomas Schulte.

3.2. Beratung im Einzelnen

Einleitend machen die Vertreter der Bildungsdirektion zur Entschädigungshöhe geltend, dass die Berufsausbildung eine Verbundaufgabe von Wirtschaft und Staat ist. Ziel kann also nicht ein kostendeckender Staatsbeitrag sein, wenn damit auch die Ungleichheit mit den Vollzeitschulen als Realität bestehen bleibt. Der schweizerische Durchschnitt lag im Jahr 2007 bei ca. 35 Franken. Mit Fr. 41 ab dem Jahr 2008 stehe der Kanton BL beim Gewerbe im schweizerischen Vergleich nun recht gut da.

Thomas Schulte bedankt sich für die bisherige, wohlwollende Erhöhung, hätte aber nichts gegen etwas mehr einzuwenden gehabt. Lehrmeister führen einen Gesetzesauftrag aus. Es gibt immer weniger Lehrbetriebe in allen Branchen, und die wenigen werden immer stärker belastet. Grundsätzlich setzt er sich für eine weitere Anhebung der Entschädigung ein. Mit einer Abschreibung des Postulates könnte er sich nur zähneknirschend abfinden. Seines Erachtens müsste dem Kanton eine gute Ausbildung der jungen Erwachsenen eine Anhebung um weitere 10 Franken wert sein. Die Erhöhung sei ein guter Ansatz, man hinke aber trotzdem ein wenig hinterher. Es muss von den Lehrbetrieben aus Idealismus viel Zeit investiert werden, und es werde immer schwieriger, Prüfungsexperten zu finden.

In der Fragerunde der Kommissionsberatung bestätigt Thomas Schulte, dass es in der Wirtschaft Firmen gibt, die keine Lehrlinge ausbilden und auch nicht Mitglied im entsprechenden Dachverband sind, sich dann aber die guten Leute pflücken und ihnen ein wenig mehr Lohn zahlen. Dagegen machen andere sehr viel in Bezug auf Ausbildung etc. Das Problem kann via Verband nicht gelöst werden. Auch wer nicht im Verband ist, schöpft den Markt ab, indem er Fachleute braucht. Eine Landrätin gibt zu bedenken, dass die Beiträge je nach Verband variieren, was letztlich wieder für einen Berufsbildungsfonds sprechen würde, welcher im Landrat auch schon zur Diskussion stand. Hanspeter Hauenstein vom AfBB stimmt zu, ein Branchen-Berufsbildungsfonds wäre eine Antwort. Ein Beispiel: Als vor zehn Jahren die Zahnarzt-Ausbildung unter das BBG kam, mussten Zahnärzte neu die Rolle von Lehrmeistern übernehmen. Von der Zahnärztesgesellschaft wurden daraufhin relativ hohe Mitgliederbeiträge, ca. 50

Franken pro Mitglied /Jahr, beschlossen, um die ÜK-Instruktoren und Prüfungsexperten überhaupt bezahlen zu können. In der Tat bestünden zwischen den verschiedenen Branchen relativ grosse Unterschiede. Eine andere Landrätin meint, es sei nicht Aufgabe der öffentlichen Hand, hier für einen Ausgleich zu sorgen. Es liege an den Berufsverbänden – wie dies auch bei den Medizinnern der Fall ist –, ihre Mitglieder durch entsprechende Beiträge für die Ausbilder in die Verantwortung zu nehmen.

Ein Landrat, welcher im Metier tätig ist, gibt aber zu bedenken, die Zahl der Betriebe, die nicht ausbilden können, werde gemeinhin unterschätzt. Dies habe zum Teil damit zu tun, dass sie zu stark spezialisiert sind. Diese nun quasi mit einem Berufsbildungsfonds zu bestrafen, hält er nicht für fair. Zudem gebe es bereits einige Berufsverbände mit Berufsbildungsfonds. Er wehrt sich für die KMUs, welche letztlich hinter den Berufsverbänden stehen und grundsätzlich sehr viel in die Ausbildung investieren; diese sollen nicht einfach wieder geschröpft werden. Klar gebe es daneben auch Trittbrettfahrer und solche, die sich mehr engagieren könnten. Er verwahrt sich aber gegen eine Pauschalisierung und ist grundsätzlich nicht für einen branchenübergreifenden Berufsbildungsfonds.

://: Eintreten ist unbestritten.

Beratung

SP, SVP und CVP folgen dem Regierungsantrag auf Abschreibung des Postulats. Die FDP stützt den Antrag ihres Fraktionskollegen auf Nichtabschreibung. Die Grünen folgen dem Regierungsantrag mit dem Hinweis, darauf hinzuwirken, dass in BS und BL dieselben Ansätze gelten. Die SP meint unter Hinweis auf die im Grossen Rat eingereichte Motion Burckhardt, die vorschlägt, das BL-System der Finanzierung der ÜKs zu übernehmen, der Nachahmereffekt in Basel-Stadt sei durchaus vorhanden. Urs Berger ergänzt, der Vorstoss in der Stadt werde auch von Gewereseite unterstützt.

://: Die BKSK beschliesst mit 13 : 0 Stimmen Abschreibung des Postulats Schulte.

4. Antrag

://: Die BKSK beantragt dem Landrat Zustimmung zur Vorlage [2008/266](#) und damit zur Abschreibung des Postulats Schulte ([2004/009](#)).

Füllinsdorf, 18. November 2008

Im Namen der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission

Der Präsident: Karl Willimann